

Inhalt

1-5	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Finanzprognose der kommunalen Spitzenverbände • Einigung bei Integrationskosten • Städtetag fordert Entscheidung über Verkehrsinvestitionen
6-9	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Luftreinhaltung – Das Dilemma der Städte Von Helmut Dedy • Zukunft der kommunalen Friedhöfe sichern Von Barbara Meißner
11	Aus den Städten
13	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Helmut Dedy: „Wir müssen den Wohnungsbau voranbringen“

Im Gespräch mit der in Berlin erscheinenden Zeitung „Tagespiegel“ hat der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, am 26. August zu den Themen Wohnungsbau, Sicherheit in den Städten und Kommunalfinancen Stellung genommen. Das Interview im Wortlaut folgt in gekürzter Fassung:

Tagespiegel: Herr Dedy, wie sicher sind die deutschen Städte?

Helmut Dedy: Nach wie vor können sich die Menschen in unseren Städten sicher fühlen. Trotzdem befassen wir uns gerade jetzt intensiv mit dem Thema. Denn natürlich betrifft es die Kommunen unmittelbar, wenn Fragen nach Präsenz von Polizei oder kommunalen Ordnungsdiensten gestellt werden oder die Frage, was man für das Sicherheitsgefühl an öffentlichen Plätzen tun kann. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel denkt das Land gerade über ein Programm „1000 helle Plätze“ nach. Es geht dabei um Lösungen, die den Bürgern auch abends ein höheres Sicherheitsgefühl geben, wenn sie in der Stadt unterwegs sind. Auch über die Sicherheitskonzepte bei Großveranstaltungen sprechen wir.

Tagespiegel: Werden an öffentlichen Plätzen in Zukunft Videoanlagen mit Gesichtsscannern stehen, die jeden, der vorbeikommt, durchleuchten?

Helmut Dedy: In dem Maße, wie sich Bedrohungsszenarien verändern, ändern sich auch Einstellungen in der Gesellschaft. Vor einigen Jahren war es noch undenkbar, dass Videoüberwachung zum Standard städtischer Sicherheitskonzepte gehört. Heute gibt es daran kaum noch Kritik. Gesichtserkennungssoftware ist aber eine andere Sache, das hätte eine neue Qualität und muss deshalb gut überlegt werden. Ich persönlich bin sehr zurückhaltend, aber darüber werden wir im Kreis der Städte diskutieren müssen. Ganz zentral finde ich: Die Gestaltung unserer Städte dürfen wir uns nicht von der Terrorismusgefahr bestimmen lassen. Wir müssen genug tun, damit die Menschen sich sicher fühlen. Aber Städte müssen unbedingt Orte des Zusammenlebens bleiben, in denen man sich nicht ständig mit Misstrauen begegnet.

Tagespiegel: Angela Merkel hat am 31. August vor einem Jahr das Versprechen zur Flüchtlingskrise „Wir schaffen das“ gegeben. Seither sind vor allem die Kommunen mit Unterbringung und Integration

(Fortsetzung auf Seite 2)

beschäftigt. Ein Fazit nach zwölf Monaten: Haben wir es geschafft?

Helmut Dedy: Wir haben einen erheblichen Teil der zunächst anstehenden Aufgaben geschafft und das ist zum großen Teil den Kommunen zu verdanken. Die Erstaufnahme von Flüchtlingen läuft inzwischen halbwegs in guten Bahnen, auch die Abwicklung der Asylverfahren. In den Städten legen wir den Fokus schon seit einiger Zeit nicht mehr in erster Linie auf Themen der Aufnahme und Versorgung, sondern richten das Augenmerk auf Fragen der Integration. Dabei ist natürlich noch lange nicht alles geschafft. Aber das erwartet auch niemand, Integration ist schließlich ein Prozess über Jahre.

Tagespiegel: Beim Thema Wohnungsbau – auch für Flüchtlinge – scheint die Bilanz nicht ganz so gut auszufallen. Woran liegt das?

Helmut Dedy: Trotz der steigenden Zahlen der Baugenehmigungen haben wir in Städten mit starker Wohnungsnachfrage ein Problem, weil Flächen fehlen und Wohnungen nicht schnell genug entstehen. Dabei spielt es keine so große Rolle, ob der Bund nun, wie die Bauministerin will, sich mit eigener Zuständigkeit am sozialen Wohnungsbau beteiligt oder ob er die Länder weiter finanziell unterstützt. Wichtig ist, dass Bund und Länder einen gemeinsamen Weg finden. Das gilt auch für den frei finanzierten Wohnraum. Klar ist: Wohnraum reicht derzeit in vielen Regionen nicht aus.

Tagespiegel: Was muss getan werden?

Helmut Dedy: Wir müssen den sozialen Wohnungsbau antreiben und im frei finanzierten Wohnungsbau über steuerliche Erleichterungen oder Investitionszuschüsse reden. Die Koalition muss sich dazu kurzfristig verständigen. In den Kommunen werden darüber hinaus viele Möglichkeiten geprüft. Das geht über weniger Bauauflagen, etwa Stellplätze, bis hin zu der Frage, wie man die Eigentümer von unbebauten Grundstücken dazu bewegen kann, diese für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Tagespiegel: Wie sieht es bei den Kommunen aus, etwa bei der Abgabe von städtischen Grundstücken zu Preisen, die sozialen Wohnungsbau möglich machen?

Helmut Dedy: Da passiert schon einiges. Voraussetzung ist, dass man überhaupt eigene Flächen hat. Und wo das der Fall ist, sind die Kommunen auch aktiv. Sie haben ja ein ureigenes Interesse daran, Wohnraum zu

schaffen. Ein strategisches Flächenmanagement ist in vielen Städten bereits Standard, um sowohl Flächen zu günstigen Preisen zu mobilisieren als auch Investoren genügend Anreize zu bieten.

Tagespiegel: Ein Thema, das jetzt wieder aufkommt, auch im Zusammenhang mit den Wohnungsbauförderplänen des Bundes, ist die Verdichtung in Innenstädten. Die galt jahrelang als falscher Ansatz und kommt auch bei Bürgern oft nicht gut an. Warum soll das nun plötzlich die Lösung sein?

Helmut Dedy: Es gab lange Zeit den Trend auf das Land zu ziehen, aufs Dorf. Angesagt war das Haus in der Uckermark. Seit einiger Zeit hat sich die Wanderung in die urbanen Zentren wieder verstärkt, die Städte kümmern sich bereits seit einigen Jahren wieder um eine nachhaltige Innenentwicklung. Die Kunst besteht dabei darin, für neuen Wohnraum zwar Zentren zu verdichten, aber gleichzeitig Lebensqualität für die Menschen zu schaffen, etwa durch attraktivere Grünflächen. Zudem verstärken Städte die interkommunale Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, um sowohl Chancen für Wohnraum zu nutzen als auch Freizeitflächen zu erhalten.

Tagespiegel: Der Städtetag klagt über die Haushaltslage vieler Städte. Gleichzeitig gibt es Kommunen ohne Etatprobleme. Wo stecken die Probleme?

Helmut Dedy: Trotz der Entlastung durch den Bund, vor allem bei der Grundsicherung im Alter und durch die zugesagten 5 Milliarden Euro für die Kommunen ab 2018, sind für viele Städte die Sozialausgaben eine erhebliche Belastung. Wo sie höher sind, sind die Haushaltsprobleme eben auch größer. Und die Investitionen damit geringer. Wir hoffen auf die in der Bundesregierung derzeit besprochene Neuausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur, die sich Bund und Länder teilen. Sie muss zielgenauer werden, damit sie sowohl für das Ruhrgebiet als auch für andere strukturschwache Regionen passt, unabhängig davon, wo sie in Deutschland liegen. Ob die bisher in dem Programm für die Infrastruktur eingesetzten Mittel von 320 Millionen Euro reichen, bezweifle ich allerdings. Damit wird es sicher nicht gehen.

Das Gespräch führten Albert Funk und Antje Sirleschtov. Der Abdruck erscheint mit freundlicher Genehmigung. Im Interview ging es außerdem um das Thema Luftreinhaltung und Dieselfahrzeuge. Dazu finden Sie in diesem Heft einen Aufsatz von Helmut Dedy auf den Seiten 6 und 7.

Finanzlage der Kommunen insgesamt verbessert – aber viele Risiken und Probleme finanzschwacher Kommunen bleiben

Die Finanzsituation vieler Kommunen hat sich ebenso wie die von Bund und Ländern im vergangenen Jahr verbessert. Auch in den kommenden drei Jahren hoffen die Städte, Landkreise und Gemeinden dank der Bundeshilfen insgesamt auf leichte Überschüsse. Allerdings erscheint die weitere Entwicklung eher fragil und von Risiken und Unwägbarkeiten begleitet. Zudem vergrößern sich die regionalen Unterschiede zwischen finanzstarken und strukturschwachen Kommunen weiter. Anlässlich neuer Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen, und die Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen, Ende Juli: „Momentan können schon geringfügige Veränderungen einzelner wichtiger Rahmenbedingungen die Hoffnungen der Kommunen auf einen Finanzierungsüberschuss zunichte machen. Zu nennen sind hier etwa die fiskalischen Unsicherheiten, die mit Flüchtlingszuzug und Integrationsaufgaben einhergehen. Die Kommunen arbeiten auch in den kommenden Jahren hart daran, Defizite zu vermeiden. Sie müssen aber darauf setzen können, dass insbesondere die Länder wesentliche Teile der kommunalen Mehrkosten übernehmen, die für die Integration entstehen.“

Die Prognose der kommunalen Spitzenverbände gibt Werte für die Gesamtheit der Kommunalfinanzen wieder. „Gute Durchschnittswerte dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass viele Städte, Landkreise und Gemeinden weiterhin mit großen Defiziten kämpfen müssen und dass die kommunalen Finanzprobleme in bestimmten Ländern keineswegs aufgelöst sind. Vielerorts droht weiterhin eine Abwärtsspirale aus niedrigen Einnahmen, hohen Sozialausgaben und völlig unzureichenden Investitionen. Diese Problemlagen bestehen auch unabhängig vom Flüchtlingszuzug“, betonten Lohse, Sager und Schäfer.

Der flüchtlingsbedingte Mehraufwand wird allein bei den sozialen Leistungen auf jährlich 2 bis 5 Milliarden Euro geschätzt. Die kommunalen Spitzenverbände weisen darauf hin, dass im Rahmen der Prognose diese Mehrausgaben nicht isoliert aufgeführt werden können, da lediglich Teilbereiche von ihnen (wie die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) statistisch gesondert erfasst und ausgewiesen werden.

„Damit zumindest im Nachhinein eine genaue Kostenerfassung und Erstattungen möglich werden, laufen in vielen Bundesländern derzeit Abfragen zu den flüchtlingsbedingten Ausgaben. Sie sollen die Basis für eine genaue Abrechnung zwischen Ländern und Kommunen liefern. Klar ist, dass die zusätzlichen Belastungen während der gesamten Integrationsphase sehr hoch sind, nicht nur während des laufenden Asylverfahrens. Vor allem die Länder sind deshalb aufgefordert, die Kommunen entsprechend zu unterstützen“, betonten Präsidentin und Präsidenten.

Bei den Sozialausgaben erwarten die Kommunen für den gesamten Prognosezeitraum von 2016 bis 2019 weiterhin deutliche Anstiege – auch unabhängig vom Flüchtlingszuzug und der Konjunktur. Das betrifft zum Beispiel die Kosten für die Hilfen zur Erziehung, die Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder die Hilfe zur Pflege. „Die Entwicklung der Sozialausgaben verläuft weiterhin ungebremsst und übersteigt die regulären Zuwächse der kommunalen Einnahmen deutlich. Dies führt dazu, dass die Kommunen auch über die nächsten Jahre hinaus eine deutliche Unterstützung benötigen werden. Andernfalls droht eine Verschlechterung des kommunalen Finanzierungssaldos um jährlich circa 1 Milliarde Euro.“

Weil den Kommunen das Geld für Investitionen fehlt, sinkt wiederum das Investitionsniveau auf Werte, die den Investitionsrückstand weiter anwachsen lassen. Bereits jetzt weist das KfW-Kommunalpanel einen problematischen Investitionsstau von 136 Milliarden Euro aus. „Investitionen sind – neben den Ausgaben für Bildung und Integration – die zentralen Ausgaben mit Blick auf die Zukunft. Eine gute kommunale Infrastruktur gehört zu unseren wichtigsten Standortfaktoren. Dies darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden“, so Lohse, Sager und Schäfer.

Die kommunalen Spitzenverbände veröffentlichen die aktuelle Prognose zur Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden (ohne Stadtstaaten) in den Jahren 2014 bis 2019. Dabei benennen sie vor allem folgende zentrale Fakten:

- Die kommunalen Spitzenverbände gehen im Jahr 2016 von kommunalen Einnahmen von 231 Milliarden Euro aus (ohne zusätzliche Bundesmittel) –

das sind plus 5,9 Prozent. Sie rechnen mit Ausgaben von ebenfalls 231 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 7,4 Prozent entspricht. Für 2016 wird aufgrund von Einmaleffekten eine Steigerung der kommunalen Steuereinnahmen um lediglich 0,9 Prozent erwartet, im Jahr 2017 kompensierend von 8,2 Prozent. Das Aufkommen erreicht somit im Jahr 2016 das Volumen von 85,6 Milliarden Euro. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt im Jahr 2016 lediglich 37 Prozent.

- Der Finanzierungssaldo der Gesamtheit der Kernhaushalte der Städte, Landkreise und Gemeinden ist im Jahr 2016 voraussichtlich ausgeglichen. Das Vorjahresniveau wird auch im kommenden Jahr nicht erreicht.
- Die Kassenkredite in den Kernhaushalten der Kommunen belaufen sich zum Jahresende 2015 auf 49,6 Milliarden Euro.
- Bei den kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen sind insbesondere aufgrund des Flüchtlingszuzugs, aber auch wegen eines andauernden, konjunkturunabhängigen überproportionalen Aufwuchses vieler Ausgabearten Steigerungen gegenüber dem Vorjahr von 9,7 Prozent zu erwarten. Die Sozialausgaben erhöhen sich in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um mehr als

6 Milliarden Euro auf 59 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2014, das noch nicht durch einen starken Flüchtlingszuzug geprägt war, bedeutet dies eine Steigerung von knapp 10 Milliarden Euro.

- Bei den Investitionen war 2015 ein Rückgang um 0,9 Prozent auf 22 Milliarden Euro zu verzeichnen, dem im laufenden Jahr überproportionale Steigerungen gegenüberstehen: Für das Jahr 2016 wird mit einem Wachstum der Sachinvestitionen von 14,2 Prozent auf 25,2 Milliarden Euro gerechnet. Die Investitionstätigkeit der Kommunen reicht nicht aus, um den auf kommunaler Ebene bestehenden erheblichen Investitionsstau mittelfristig abbauen zu können.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen darauf hin, dass sich die bisherigen und zusätzlichen Mittel des Bundes zur Finanzierung sozialer Leistungen in der Kommunalfinanzstatistik nicht als Rückgang auf der Ausgabenseite auswirken. Sie erhöhen vielmehr die kommunalen Einnahmen. Das gilt auch für die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund und die Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets.

Weitere Informationen sind im Internet abrufbar im Bereich Fachinformationen, Finanzen unter www.staedtetag.de.

Broschüre: Stadtwerke und Bürgerbeteiligung – Energieprojekte gemeinsam umsetzen

Die Energiewende ist ein Gemeinschaftswerk, zu dem insbesondere Akteure wie Kommunen, Stadtwerke sowie Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag leisten. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen haben gemeinsam mit der Agentur für Erneuerbare Energien der Deutschen Kreditbank AG und der Kanzlei von Bredow Valentin Herz die Broschüre „Stadtwerke und Bürgerbeteiligung – Energieprojekte gemeinsam umsetzen“ veröffentlicht. Sie macht mit zahlreichen Praxisbeispielen deutlich, wie Bürger und Stadtwerke erfolgreich in der Energiewende zusammenarbeiten. Für die Autoren der Broschüre ist es wichtig, dass diese Vielfalt der Akteure erhalten bleibt.

Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Einführung von Ausschreibungsmodellen für die Förderung der erneuerbaren Energien ist für alle Akteure, allen voran die Bürger mit neuen Herausforderungen verbunden. So sind Ausschreibungen aufwendiger und mit einem höheren Risiko verbunden als die bisherige Einspeisevergütung. Die Broschüre steht zum kostenfreien Download bereit in der Rubrik Fachinformationen, Energie unter www.staedtetag.de.

Deutscher Städtetag begrüßt Einigung von Bund und Ländern bei den Integrationskosten

Nach dem Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder zu den Integrationskosten sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen, am 8. Juli:

„Die Kommunen sind erleichtert und begrüßen es sehr, dass sich Bund und Länder endlich über die Integrationskosten verständigt haben. Die schnelle finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder ist für die Städte essenziell, damit wichtige Integrationsaufgaben und -konzepte bezahlt werden können. Die Städte leisten dabei Wesentliches, denn Integration findet vor Ort in den Kommunen statt.“

Nachdem die Zahlungen des Bundes an die Länder verabredet sind, erwarten die Städte nun von den Ländern, dass sie das Geld schnell an die Kommunen weitergeben und schnell weitere gezielte Entscheidungen mit Blick auf die Integration treffen, etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung oder beim Wohnungsbau.

Außerdem sollten die Länder Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Schulräumen bereitstellen sowie für Schulpsychologen, Dolmetscher, Sozialpädagogen und Sprachförderprogramme in Kitas.“

Städtetag fordert Entscheidung über Verkehrsinvestitionen – Dedy: „Städte haben überhaupt keine Planungssicherheit mehr“

Die Städte fordern von Bund und Ländern, sich endlich über die weitere Verkehrsfinanzierung in den Kommunen nach 2019 zu einigen und die Mittel zu erhöhen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte am 6. Juli gegenüber der „Nordwestzeitung“: „Die Städte haben überhaupt keine Planungssicherheit mehr. Das wird Investitionen in kommunale Straßen, Brücken, Tunnel und für den Nahverkehr dauerhaft gefährden. Die gesetzlichen Grundlagen laufen 2019 aus, große Verkehrsprojekte verlangen aber einen mehrjährigen Planungsvorlauf. Solange die Finanzierung nicht steht, können Projekte nicht geplant und Brücken oder Tunnel nicht saniert oder ersatzweise neu gebaut werden.“

Es sei nicht ausgeschlossen, dass sich die Verhandlungen über die Bund-Länder-Finzen weiter verzögern. Die Verkehrsfinanzierung dulde aber keinen

Aufschub mehr, deshalb müssten Bund und Länder sich darüber separat einigen. „Die Städte brauchen endlich eine konkrete Lösung, dass es mit den Zahlungen des Bundes von derzeit 1,33 Milliarden Euro jährlich ab dem Jahr 2019 weitergeht, die als sogenannte Entflechtungsmittel für den Gemeindeverkehr an die Länder fließen. Und die Mittel müssen auf den weithin anerkannten aktuellen Bedarf von jährlich 1,96 Milliarden Euro angehoben werden“, so Dedy.

Darüber hinaus fordert der Deutsche Städtetag, dass das Bundesprogramm im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für Großprojekte des ÖPNV auf 500 Millionen Euro angehoben wird. Die Mittel betragen derzeit jährlich 333 Millionen Euro. Bund und Länder hatten sich im vergangenen September bereits auf eine Fortsetzung des Bundesprogramms geeinigt, es fehlt allerdings noch der Gesetzentwurf.

Luftreinhaltung – Das Dilemma der Städte

Von Helmut Dedy

Der Diesel hat zwei Gesichter. Steht er auf dem Prüfstand, gibt er sich umweltbewusst. Fährt er dagegen durch die Stadt, dann stößt er viel mehr Stickoxide aus, als die Hersteller angeben. Das hat industriepolitisch durchaus das Zeug zum Skandal, sorgt aber auch kommunalpolitisch für ein großes Problem. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Diesel-PKW auf deutschen Straßen nämlich stark zugenommen, jeder dritte PKW ist heute ein Diesel. Die hohe Zahl der Fahrzeuge und die überhöhten Werte sorgen dafür, dass die Grenzwerte für Stickoxide, die die Luftqualitätsrichtlinie der EU vorschreibt, in einer Reihe von Städten noch immer überschritten werden. Hier besteht Handlungsbedarf.

Die Ursache für erhöhte Stickstoffdioxidwerte liegt nicht in den Städten. Sie müssen aber mit den Symptomen dieses Problems umgehen. Städte tun im Bereich des Verkehrsmanagements viel, um Stickoxid-Grenzwerte einzuhalten: Der öffentliche Nahverkehr wird ausgebaut, der Radverkehr gefördert. Städte unterstützen den Ausbau der E-Mobilität, haben Umweltzonen eingeführt, Durchfahrverbote für LKW erlassen und die Bürger zum Umstieg auf den ÖPNV motiviert. Die kommunalen Verkehrsunternehmen investieren in umweltfreundliche Fahrzeuge. Das ist beachtlich, wird aber nicht reichen, wenn sich bei den Dieselaautos nichts ändert. Doch eins nach dem anderen.

Gesundheitsschutz und EU-Luftqualitätsrichtlinie

Seit 2008 gibt es die europäische Luftqualitätsrichtlinie, 2010 wurde sie im Bundes-Immissionsschutzgesetz umgesetzt. Sie soll die Luftqualität in Europa erhalten und verbessern. Hierzu wurden Grenzwerte für die Konzentration von bestimmten Schadstoffen in der Luft festgelegt. Wenn diese überschritten werden, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Schadstoffbelastung zu senken. Auf dieser Basis sind deutschlandweit inzwischen viele städtische Luftreinhaltepläne erarbeitet worden. Beim Feinstaub haben die Städte bewiesen, dass sie in der Lage sind, die Belastung deutlich zu senken und gesetzliche Vorga-

ben durchzusetzen. Beim Stickstoffdioxid (NO₂) ist es schwieriger, in rund 80 Städten werden die Grenzwerte nach wie vor überschritten. Die wesentliche Ursache für die hohe NO₂-Belastung in den Städten liegt in der Verdopplung der Zahl von Diesel-Pkw in den vergangenen 15 Jahren.

Da fällt es schwer, in den Städten erfolgreich gegenzusteuern. Etwas technisch, aber zutreffend hat die Bundesregierung in einem Schreiben an die EU-Kommission schon 2014 darauf hingewiesen, „dass die tatsächlichen NO₂-Emissionen von Dieselfahrzeugen nicht in dem Maße abnahmen und abnehmen, wie es durch die verschärften Abgasgrenzwerte auf der Ebene der Europäischen Union zu erwarten gewesen wäre. Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene allein können daher bisher nicht sicherstellen, dass die NO₂-Grenzwerte flächendeckend eingehalten werden.“ Das war 2014, also noch vor dem Dieselskandal.

Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat dann vor gut einem Jahr ein formelles Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland zu den Grenzwertüberschreitungen von NO₂ eingeleitet. Es geht dabei um 29 Gebiete, in denen zwischen 2010 und 2013 der Jahresmittelwert überschritten wurde. Nach Ansicht der EU-Kommission reichen die in diesen Gebieten ergriffenen Maßnahmen nicht aus, um die Dauer der Überschreitung dieser Grenzwerte so kurz wie möglich zu halten. Auch gegen Frankreich, Großbritannien und Spanien wurden entsprechende Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Auch die Verwaltungsgerichte werden strenger

Handlungsdruck besteht aber auch aufgrund einer sich wandelnden Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte in Deutschland. Die Richter räumen dem Gesundheitsschutz in der jüngsten Vergangenheit

einen deutlich höheren Stellenwert ein. Während in früheren Entscheidungen den Behörden ein breiter Gestaltungsspielraum zugebilligt wurde, heißt es immer häufiger, die Behörden seien verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung der zulässigen Immissionsgrenzwerte vorzusehen. Das Aufstellen eines Luftreinhalteplans reicht nach Auffassung einiger Gerichte hierfür allein nicht aus.

Das Dilemma der Städte

Jetzt beginnt das Dilemma der Städte. Einerseits sind sie dem Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Andererseits wollen und können sie Dieselaautos nicht gänzlich aus den Innenstädten fernhalten, ohne die Städte lahmzulegen – Einfahrverbote würden auch alle Wirtschaftsverkehre treffen. Eine schwierige Situation.

Die Städte haben sich jahrelang auf die Zusagen der Automobilindustrie verlassen, dass die Einführung der anspruchsvollen EURO 6-Norm ab September 2015 auch für Diesel-PKW eine deutliche NO₂-Reduzierung in den Innenstädten zur Folge hätte. Spätestens mit dem Abgasskandal entpuppte sich das als Irrglaube. Studien im Auftrag der EU-Kommission hatten bereits 2014 ergeben, dass die für EURO 6-Diesel-PKW erwartete deutliche Emissionsminderung gegenüber der Abgasstufe EURO 5 äußerst fraglich ist.

Auch wenn jetzt die Umweltministerkonferenz und die EU-Kommission die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen wollen, dass die EURO 6-Grenzwerte im Realbetrieb eingehalten werden, wird sich das Problem kurzfristig nicht lösen lassen. Zum einen fahren noch sehr viele Dieselfahrzeuge mit EURO 4- oder EURO 5-Norm. Zum anderen halten bekanntlich die derzeitigen PKW mit EURO 6-Norm diese Norm nur im „Labor-Betrieb“ ein, wie kürzlich erst wieder das Umweltbundesamt festgestellt hat.

Welche Maßnahmen können helfen?

Die Umweltministerkonferenz hat sich für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und seine auskömmliche Finanzierung ausgesprochen.

Zudem sollten der Rad- und Fußgängerverkehr, der emissionsarme Güterverkehr auf Schiene und Wasser sowie die Nachrüstung von Bestandsfahrzeugen gefördert werden. Außerdem sollte der Ausbau der E-Mobilität beschleunigt angegangen werden. Alles richtig, in allen genannten Felder muss mehr passieren. Aber wie schnell hilft das?

Intensiv diskutiert wird derzeit die Einführung der sogenannten „blauen Plakette“. Im Ergebnis dürften alte Dieselfahrzeuge dann in stark belasteten Gebieten nicht mehr fahren. Rechtlich würde die Kennzeichnungsverordnung so weiterentwickelt, dass neben Benzin-, Elektro- und Hybridfahrzeugen mit geringem oder gar keinem Schadstoffausstoß stufenweise nur noch Dieselfahrzeugen mit geringen NO₂-Immissionen die Einfahrt in stark belastete Gebiete erlaubt werden soll. Die blaue Plakette ist also eine Verschärfung der bekannten Umweltzone. Sie würde aber kurzfristig auch kaum helfen, solange sogar Dieselaautos mit der neuesten Euro 6-Norm im Fahrbetrieb zu viele Schadstoffe ausstoßen.

Wir sind deshalb mittlerweile in einer Situation, in der Fahrverbote eigentlich nicht mehr zu verhindern sind, wenn die Grenzwerte eingehalten werden sollen. Aber dann legen wir die Städte lahm und das wollen wir nicht. Die Ursache für das Problem liegt nicht in den Städten, die Schadstoffe müssen an der Quelle bekämpft werden. Die Automobilindustrie muss die Fahrzeuge sauberer machen.

Und weil eine deutliche Reduzierung der NO₂-Belastung in den Innenstädten nicht kurzfristig erreicht werden kann, spricht sich der Deutsche Städtetag für eine Fristverlängerung bei der Luftreinhaltung aus. Eine Forderung, die nicht auf Begeisterung stoßen wird, das ist klar. Aber gibt es eine andere Lösung? Die Bundesregierung muss mit der Europäischen Union über eine lebensnahe, realistische Verlängerung der Fristen zur Einhaltung der NO₂-Grenzwerte reden.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Die Sicherung der Zukunft von kommunalen Friedhöfen – wie ist das möglich?

Von Barbara Meißner

Die Bestattungskultur hat sich in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt. Während in der Vergangenheit nur wenige Arten von Grabstätten angeboten wurden, werden heute durch unterschiedliche Friedhofsträger viele Beisetzungsarten ermöglicht. Auch der rechtliche Rahmen ist dafür in den Ländern deutlich erweitert worden. Dadurch stehen kommunale Friedhöfe verstärkt im Wettbewerb sowohl mit kirchlichen Friedhofsträgern als auch mit privaten Friedhofsbetreibern. Insbesondere letztere bieten innovative Beisetzungsarten an und veranlassen damit die Bevölkerung dazu, nicht mehr in dem bisher bekannten Umfang die Bestattung auf einem kommunalen Friedhof nachzufragen.

Vor diesem Hintergrund hat die Fachkommission „Friedhof und Stadtgrün“ des Deutschen Städtetages das Positionspapier zur Zukunft von kommunalen Friedhöfen erarbeitet und im Hauptausschuss im Juni 2016 zur Diskussion vorgelegt. Übereinstimmend besteht die Auffassung, dass zur Sicherung der Zukunft kommunaler Friedhöfe neue Konzepte im Hinblick auf die Angebote, die Organisation und die Finanzierung erforderlich sind. Das Kulturgut Friedhof sollte als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten und die sozialen, ökologischen und kulturellen Wertigkeiten der Friedhöfe für die Zukunft gesichert werden.

Gesellschaftliche Funktionen von Friedhöfen

Friedhöfe werden von der Bevölkerung nicht nur als Orte der Erinnerung und der Trauerbewältigung genutzt. Sie erfüllen vielmehr vielfältige gesellschaftliche Funktionen. Für das kulturhistorische Erbe und die Stadtgeschichte sind Friedhöfe ebenso wichtige Zeitzeugen wie für die (Garten-)Denkmalpflege. Sie geben einen breiten Überblick über die Grabmal- und Steinkunst. Auch sind Friedhöfe Touristenattraktionen, wenn auf ihnen berühmte Persönlichkeiten beigesetzt worden sind.

Darüber hinaus haben Friedhöfe soziale Funktionen, indem sie einen Ort der Begegnung und Kommunikation darstellen. Hier erholen sich jung und alt, genießen die Ruhe und erfreuen sich an der Vielfalt der Fauna und Flora. Friedhöfe leisten einen wichtigen Beitrag

zum Klima-, Arten- und Naturschutz, bieten Rückzugs- und Schutzorte für gefährdete und seltene Tier- und Pflanzenarten und verbessern das Stadtklima. Nicht zuletzt werden durch die auf den Friedhöfen tätigen Handwerker und die Friedhofsbetreiber Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und geschaffen.

Diese wichtigen Funktionen gilt es auch in Zukunft in angemessener Form zu erhalten, was angesichts der veränderten Anforderungen der Friedhofsnutzer aber nicht einfach zu erfüllen ist.

Veränderte Anforderungen der Friedhofsnutzer

Der gesellschaftliche Wandel macht auch vor den Friedhöfen nicht Halt und bewirkt hier gravierende Veränderungen. Neben den Auswahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Friedhofsträgern und -betreibern führt auch die zunehmende Mobilität der Bevölkerung zu einer veränderten Nachfrage. Die Aufgabe der Friedhofsbedarfsplanung besteht darin, die Trends zu erkennen und zu reagieren. Zu nennen ist hier unter anderem die stetige Abnahme der Friedhofsbedarfsflächen durch die Aufgabe großer Familiengrabanlagen und die Nachfrage nach Urnengrabstätten. Der Auslastungsgrad der Friedhofseinrichtungen (zum Beispiel Trauerhallen) sinkt bei gleichzeitig neuen Anforderungen an eine zeitgemäße Ausstattung der Einrichtungen. Nicht zuletzt steigt die Nachfrage nach pflegefreien Grabformen. Die Anzahl der anonymen Bestattungen nimmt zu.

Auf diese Entwicklung haben bereits viele Friedhöfe mit neuen und ansprechenden Angeboten reagiert.

Bestattungsarten

Bei den Bestattungsarten gewinnt die Feuerbestattung zunehmend an Bedeutung. Die Konsequenzen sind bereits erkennbar. Während bei Erdbestattungen ein Friedhofszwang besteht, bietet die Feuerbestattung auch die Möglichkeit, Asche nicht nur in unterschiedlichsten Varianten auf dem Friedhof beizusetzen, sondern auch zunehmend neue Möglichkeiten außerhalb von Friedhöfen zu nutzen. Als Beispiele seien hier Friedwälder, Ruheforste, Almwiesen, Ballonbestattungen und Urnenkirchen genannt.

Beisetzungsarten

Auch die Grabformen werden und wurden weiterentwickelt, um den unterschiedlichsten Nutzeransprüchen gerecht zu werden. Die Palette reicht von sogenannten „pflegefreien Gräbern“ über Landschaftsgrabanlagen und Themengärten bis hin zu Baumbestattungen, Rasengräbern, Kolumbarien und anonymen Grabfeldern, Aschestreuwiesen oder Themenfeldern für bestimmte Nutzergruppen, wie zum Beispiel Fußballvereine. Auch Beisetzungen für muslimische Bevölkerungsgruppen werden zunehmend angeboten. Auch sogenannte All-inclusive-Angebote kommen zunehmend in Mode, bei denen der Kunde neben dem Grab auch die Grabpflege und das Grabmal als „Paket“ erwerben kann. Die Grenze der möglichen Beisetzungsarten wird lediglich durch die Bestattungsgesetze der Länder gezogen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen von Friedhöfen

Zur Finanzierung der Friedhöfe stehen den Kommunen Gebühren und Entgelte, Bundesmittel nach dem Gräbergesetz sowie allgemeine Haushaltsmittel zur Verfügung. Diese Finanzierungsmittel stehen aus unterschiedlichen Gründen in immer geringer werdendem Umfang zur Verfügung.

Der Wegfall des Sterbegeldes im Jahr 2003 hat zu einer verstärkten Nachfrage nach kostengünstigen Bestattungsformen sowie dem Ausweichen auf Angebote anderer Friedhofsträger oder -betreiber geführt. Die damit korrespondierende Verringerung der Auslastung der bestehenden Friedhofsflächen und -einrichtungen wiederum hat nachhaltige Auswirkungen auf die Einnahmesituation der Friedhöfe. Die in verschiedenen Bundesländern zu erkennenden Liberalisierungstendenzen in den Bestattungsgesetzen tun ihr Übriges.

Ein weiterer Anpassungsdruck ergibt sich aus der zunehmenden Verschärfung der Finanzlage vieler Kommunen. Allgemeine Haushaltsmittel stehen in einem immer geringeren Umfang als Ersatz für unzureichende Gebühreneinnahmen zur Verfügung.

Daneben beeinflusst auch die gewählte Gebührenehöhe den Auslastungsgrad kommunaler Friedhöfe. Damit sind die Kommunen in zunehmender Weise mit der Situation konfrontiert, dass bereits beschlossene Gebührenerhöhungen zum Ausgleich bestehender Deckungslücken die Ausgangsprobleme nur weiter verschärfen, weil steigende Gebühren weitere Nachfrage- und damit Auslastungsrückgänge zur Folge haben.

Die Kommunen nehmen deshalb zunehmend vor einer Gebührenerhöhung eine umfassende Aufgaben- und Leistungsanalyse im gesamten Friedhofsbereich unter Berücksichtigung der Zielgruppenbedürfnisse der Nutzer der Friedhofs- und Bestattungsleistungen vor. Die Gebühren sind dann im Bereich der unterausgelasteten Einrichtungen so zu bemessen, dass der Zuschussbedarf aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Summe minimiert wird.

Forderungen für eine zukunftsorientierte Friedhofsfinanzierung

Um diesen Entwicklungen begegnen zu können, bedarf es einer Veränderung der Finanzierung von kommunalen Friedhöfen:

Bei der Angebotsplanung und der Gebührenfestsetzung für kommunale Friedhöfe sollten der Wandel der Bestattungskultur und die zunehmende Wettbewerbssituation stärker berücksichtigt werden.

Der Anteil des Öffentlichen Grüns sowie die Aufwendungen für die ökologischen und gesellschaftlichen Funktionen (zum Beispiel Baumbestand in den Grabfeldern, Erholung, Stadtklima) sollten eher aus dem Gesamthaushalt finanziert werden.

Nachdem die Höhe der Ruherechtsentschädigungen nach dem Gräbergesetz künftig keine Änderungen mehr erfahren, sollte die sogenannte Pflegepauschale des Bundes stärker an die tatsächlichen Preisentwicklungen angepasst werden. Gerade Kriegsgräberanlagen stellen bei vielen Friedhöfen ein prägendes Element dar und zwingen die Träger zu einem hohen Aufwand, der einer besseren Gegenfinanzierung bedarf.

Insbesondere bedarf es einer noch stärker nachfrageorientierten Weiterentwicklung des Leistungsangebotes der Friedhöfe, um die eigentliche Aufgabe für die Daseinsvorsorge und die weiteren wichtigen Funktionen kommunaler Friedhöfe langfristig zu sichern.

Das komplette Positionspapier des Deutschen Städtetages zur Sicherung der Zukunft von kommunalen Friedhöfen steht zum kostenfreien Download bereit im Bereich Fachinformationen, Umwelt unter www.staedtetag.de.

Barbara Meißner
Hauptreferentin des Deutschen Städtetages



DEUTSCHER
ENGAGEMENT
PREIS

Ausgezeichnet engagiert!

Mehr Anerkennung für freiwilliges Engagement

Unser Preisträger 2015: DAMF Deutschkurse
Asyl, Migration Flucht, Dresden

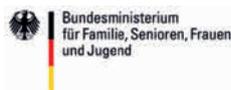


PUBLIKUMSPREIS 2016 – JETZT ABSTIMMEN!
Vom 19. September bis 31. Oktober abstimmen
und Engagierten zu 10.000 Euro Preisgeld verhelfen!

Der Deutsche Engagementpreis würdigt den Einsatz für eine lebenswerte Gesellschaft.
Mehr als 600 Preise für freiwillig engagierte Menschen und Initiativen finden Sie unter:
www.deutscher-engagementpreis.de



Förderer:



Träger:



Berlin, Bremen, Dessau-Roßlau, Hamburg, Weiden in der Oberpfalz: Preis für „Innovative Suchtprävention“

Im Rahmen des 7. Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“ wurden insgesamt elf Städte, Gemeinden und Kreise für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur innovativen Suchtprävention ausgezeichnet, darunter die unmittelbaren Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages Berlin, Bremen, Dessau-Roßlau, Hamburg und Weiden in der Oberpfalz.

Insgesamt 68 Beiträge wurden bei dem vom Deutschen Institut für Urbanistik betreuten und von den kommunalen Spitzenverbänden und dem GKV-Spitzenverband unterstützten Wettbewerb eingereicht. Für die prämierten Wettbewerbsbeiträge stellte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich wurde vom GKV-Spitzenverband ein Sonderpreis zum Thema „Mitwirkung von Krankenkassen bei innovativen kommunalen Aktivitäten zur Suchtprävention“ in Höhe von 10.000 Euro ausgelobt.

Die Dokumentation zum Download finden Sie unter www.kommunale-suchtpraevention.de.

Heidelberg: Stadt gewinnt „Deutschen Preis für Onlinekommunikation“

Für das Projekt der Stadtverwaltung „#HoldenOberbürgermeister“ wurde Heidelberg mit dem Preis für Onlinekommunikation in der Kategorie „Innovation des Jahres“ ausgezeichnet. Die Plattform unter <https://holdenoberbuergemeister.de> bietet eine niederschwellige Form des bürgerschaftlichen Engagements:

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, mit Projektvorschlägen den Terminkalender des Oberbürgermeisters zu beeinflussen. Dies ist die Möglichkeit, den Oberbürgermeister an einen Ort innerhalb von Heidelberg zu holen und damit seinen Fokus auf bestimmte Themen oder Projekte zu lenken.

Der Preis wird seit 2011 jährlich vom Magazin „Presse-sprecher“ vergeben, um herausragende Projekte, professionelle Kampagnenplanung und zukunftsweisende Strategien digitaler Kommunikation auszuzeichnen. Weitere Informationen sind im Internet abrufbar unter www.onlinekommunikationspreis.de.

Ludwigshafen: Kampagne „Erna soll bleiben“ wirbt erfolgreich für Verbleib von Kirchner-Gemälde

Mit der Kampagne „Erna soll bleiben“ wirbt das Wilhelm-Hack-Museum mit Unterstützung der Stadt Ludwigshafen seit März 2016 Spenden ein, um das Gemälde „Urteil des Paris/Badende auf Fehmarn“ von Ernst Ludwig Kirchner für die Sammlung zu erhalten. Das Gemälde ist ein Herzstück der Sammlung des Wilhelm-Hack-Museums und zählt zu den wichtigsten Gemälden in Rheinland-Pfalz. Das „Urteil des Paris“ gehörte ursprünglich zu der jüdischen Sammlung Hess. Es wurde während der NS-Zeit unrechtmäßig entwendet und müsste daher zurückgegeben werden. Mit der Erbin konnte jedoch eine faire und gerechte Lösung gefunden werden: Für einen weit unter Marktwert liegenden Betrag kann die Stiftung das Werk ankaufen. An der Finanzierung des Kaufpreises beteiligen sich bisher Stiftungen, Privatpersonen, öffentliche Körperschaften und Unternehmen.

In den vergangenen drei Monaten wurden für den Verbleib des Gemäldes im Wilhelm-Hack-Museum, ergänzend zum Erlös der Kampagne „Erna soll bleiben“, zusätzlich über eine halbe Million Euro zur Verfügung gestellt. Die Stadt Ludwigshafen wird sich mit einem Eigenanteil beteiligen.

Das Museum wird mit weiteren Veranstaltungen auf „Erna“ aufmerksam machen. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.ludwigshafen.de.

Frankfurt: Auftakt für Europäische Mobilitätswoche 2016

Vom 16. bis 22. September zeigen im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche mehr als 2.000 Kommunen in ganz Europa wie nachhaltige Mobilität praktisch aussehen kann: Straßenraum wird umgenutzt, neue Rad- und Fußwege eingeweiht, Elektrofahrzeuge getestet, Wettbewerbe zum Thema nachhaltige Mobilität ausgerichtet und vieles mehr. Die Aktionswoche steht unter dem Motto „Mobilität mit Verstand – Wirtschaft mit Gewinn“. Die Auftaktveranstaltung findet in Frankfurt am Main statt. Das Umweltbundesamt hat in diesem Jahr die nationale Koordinierung der Europäischen Mobilitätswoche übernommen und unterstützt deutsche Kommunen tatkräftig bei der Umsetzung. Der Deutsche Städtetag hat den Kick-off 2016 aktiv begleitet. Weitere Informationen finden Sie unter www.mobilitaetswoche.eu.

Sie können alles von uns haben.

Außer durchschnittliche Leistungen.

Personalmanagement? E-Recruiting? Hoheitliche Aufgaben? Können wir alles!

Wen auch immer Sie brauchen: Vivento findet die richtigen Mitarbeiter für Sie. Bundesweit, mit den passenden Qualifikationen, schnell und zuverlässig. Als Marktführer und Spezialist für den öffentlichen Dienst und mit langjähriger Erfahrung im Personalumbau unterstützen wir Sie nachhaltig. Begeisterung, Einsatzfreude und Know-how inklusive.

www.vivento.de

Besuchen Sie uns!

ZUKUNFT PERSONAL
Köln, 18.–20. Oktober 2016
Halle 3.1 | Stand K.o.8

vivento
Weil Erfahrung zählt.

OB-Barometer 2016: Integration bleibt größte Herausforderung für Städte

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen wird von den Stadtspitzen großer deutscher Städte laut „OB-Barometer 2016“ des Deutschen Instituts für Urbanistik weiter als primäres Handlungsfeld und gleichzeitig größte Herausforderung für die nächsten Jahre gesehen. Die Themen Finanzen, Wohnen und Digitalisierung rücken weiter in den Vordergrund. Andere, wie der demografische Wandel, fallen im Themenranking im Vergleich zu 2015 zurück. Die Zuwanderung ist für alle Städte, unabhängig von Größe und regionaler Lage, das wichtigste Aufgabenfeld, in dem der Handlungsbedarf gegenüber dem Vorjahr sogar noch zugenommen hat.

Insgesamt gewinnt das Thema Wohnen in deutschen Großstädten an Brisanz: Die befragten Stadtspitzen sehen den Wohnungsbau und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum als eines der drei aktuell wichtigsten Handlungsfelder in der eigenen Kommune. Sie schätzen Wohnen zugleich als eines der drei wichtigsten kommunalen Zukunftsthemen ein. Auch ist der Wunsch nach einer Verbesserung der kommunalen Rahmenbedingungen durch EU, Bund und Länder im Vergleich zum Vorjahr beim Thema Städtebau und Wohnen am deutlichsten angestiegen. Wie auch schon 2015 bleiben die Finanzlage und die Haushaltskonsolidierung das zweitwichtigste Handlungsfeld in der eigenen Kommune. Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (Stichwort „Smart City“) ist im Vergleich mit 2015 ebenfalls stärker ins Blickfeld gerückt.

Das „OB-Barometer“ des Deutschen Instituts für Urbanistik ist eine jährlich durchgeführte Befragung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der deutschen Städte ab 50.000 Einwohnern. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt. Detaillierte Ergebnisse finden Sie unter www.difu.de/OB-Barometer.

Fünf Jahre Bundesfreiwilligendienst

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben hat eine Broschüre anlässlich fünf Jahre Bundesfreiwilligendienst veröffentlicht. Zeit, das Richtige zu tun – unter diesem Motto haben die ersten Bundesfreiwilligen vor fünf Jahren ihren Dienst aufgenommen. Mehr als 216.000 Freiwillige haben sich seit dem 1. Juli 2011 für einen Einsatz im Bundesfreiwilligendienst entschieden. Seit Dezember 2015 sind mit dem Sonderprogramm „BFD mit Flüchtlingsbezug“ zusätzliche Möglichkeiten für ein freiwilliges Engagement hinzugekommen.

Für viele ist der Bundesfreiwilligendienst die Grundlage eines dauerhaften ehrenamtlichen Einsatzes. Er fördert das gesellschaftliche Miteinander und ist gleichzeitig ein Gewinn für die freiwilligen Helferinnen und Helfer. Die aktuelle Broschüre des Magazins „ECHT – engagiert & erfolgreich“ mit dem Schwerpunkt fünf Jahre Bundesfreiwilligendienst ist abrufbar unter www.bundesfreiwilligendienst.de.

Drei deutsche Projekte für die RegioStars nominiert

Die EU-Kommission hat die Finalisten für die RegioStars 2016 bekannt gegeben. Mit dem Preis werden die innovativsten Projekte der EU-Regionalförderung ausgezeichnet. Unter den 23 Finalisten sind auch drei deutsche Projekte: Der InfectoGnostics Forschungscampus Jena, die grenzüberschreitende „Euregio Barrierefrei“ der Lebenshilfe Salzburg und Chiemgau-Lebenshilfe-Werkstätten sowie die „Allee des Wandels“, ein Radweg entlang ehemaliger Zechenbahnterrassen im Ruhrgebiet. Die Preisverleihung findet am 11. Oktober 2016 im Rahmen der „Europäischen Woche der Regionen und Städte“ statt. Weitere Informationen sind im Internet abrufbar unter <http://ec.europa.eu>.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Publikationen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Neu im Amt



Bremen: Insa Sommer wird ab 1. Oktober neue Landesgeschäftsführerin des Mitgliedsverbandes Bremen im Deutschen Städtetag. Sie folgt Thomas Kristen nach. Sommer ist in der Senatskanzlei Bremen zudem verantwortlich für Verwaltungskooperation und -modernisierung im Land Bremen und mit den norddeutschen Ländern. Vorher arbeitete sie für die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen.

Geburtstage



Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, **Prof. Dr. Eckart Würzner**, wird am 10. Oktober 55 Jahre alt. Würzner (parteilos) wurde 2006 erstmals ins Spitzenamt gewählt und engagiert sich seitdem im Präsidium des Deutschen Städtetages. Seit 2007 ist er Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, **Ulrich Markurth** (SPD), feiert am 17. Oktober seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt.

Todesfall



Am 30. Juni ist **Gesine Kort-Weiher**, Hauptreferentin im Dezernat für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetages, im Alter von 56 Jahren gestorben. Sie war seit 2000 im Städtetag tätig und war vor allem für die Themen Wohnungswesen, Stadtumbau und Sozialräumliche Integration zuständig. Mit Frau Kort-Weiher hat der Deutsche Städtetag eine sehr geschätzte und durch ihr Engagement ausgesprochen beliebte und geachtete Kollegin verloren. Durch ihre hervorragenden Fachkenntnisse hat sie sich Achtung und Anerkennung innerhalb und außerhalb des Städtetages erworben.

Fotos: Senatskanzlei Bremen; Stadt Heidelberg, Hentschel; Stadt Braunschweig, Daniela Nielsen; Deutscher Städtetag, Lenz.

Kommunale Klimakonferenz 2016: Schnittstellen erkennen – Synergien nutzen

Am 28. und 29. November 2016 findet die 9. Kommunale Klimakonferenz in Berlin statt. Titel der diesjährigen Konferenz ist „Schnittstellen erkennen – Synergien nutzen“. Denn längst werden Klimaschutz und Klimaanpassung vielerorts als Querschnittsaufgabe und Chance begriffen: Um Energie zu sparen, Kosten zu senken, die regionale Wertschöpfung voranzutreiben und unsere Städte lebenswerter und zukunftsgerechter zu gestalten. Ausrichter der Konferenz sind das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Weitere Informationen unter www.klimaschutz.de/de/klimakonferenz2016.



Brauchen wir eine neue Einlagensicherung, die riskantes Handeln fördert?

Vertrauen verträgt kein Fragezeichen.

Für Stabilität. Für Sicherheit.
Für die Zukunft unserer Wirtschaft.

Wir sind das Land der Sparerinnen und Sparer – weil wir uns auf sichere Guthaben verlassen können. Doch dieser Standard ist bedroht durch die geplante zentrale Einlagensicherung der EU: In Zukunft sollen die Finanzmittel, die deutsche Kreditinstitute heute zur Absicherung ihrer eigenen Kunden bereitstellen, auch die Risiken fremder Banken abdecken. Die deutsche Wirtschaft stellt sich diesem Plan entgegen. Denn wer das Vertrauen der Sparer schwächt, der setzt die Stabilität der gesamten Wirtschaft aufs Spiel.

damit-sicher-sicher-bleibt.de #sicherbleibtsicher

**DAMIT SICHER
SICHER BLEIBT**

INITIATIVE DER
DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
FÜR EINE WIRKSAME
EINLAGENSICHERUNG.



Finanzen

12. Deutscher Kämmerertag

Kongress des Verlags „Der Neue Kämmerer“ in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
21. bis 22. September 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Haushalt fair teilen – Gleichstellungsorientierte Steuerung öffentlicher Finanzen

Konferenz der Landeshauptstadt München in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Institut für Urbanistik
6. bis 7. Oktober 2016 in München

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Soziales

Arbeit für Flüchtlinge:

Jobcenter spielen Schlüsselrolle bei Integration

Tag der kommunalen Jobcenter 2016
21. November 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.benchlearning-sgb2.de

Verkehr

Deutscher Straßen- und Verkehrskongress 2016

Kongress der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen
28. bis 30. September 2016 in Bremen

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Wirtschaft

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2016: „Wirtschaft 4.0“

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE
17. bis 18. November 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Verwaltung

Kooperative Sicherheitsarbeit im Spannungsfeld von Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft

Tagung der Deutschen Hochschule der Polizei
27. bis 28. September 2016 in Münster

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Integration

Willkommenskultur und deren Gestaltung in Stadt und Umland – Aufgaben und Herausforderungen deutscher Kommunen bei der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
17. bis 18. Oktober 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, September 2016

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de